



Königin Elizabeth, schottische Ehrengarde
Tee mit dem Separatistenchef

SCHOTTLAND

Yes, we can

Was viele Briten als Hirngespinnst abgetan haben, rückt näher: Edinburghs Unabhängigkeit von London. Ein charismatischer Politiker führt die schottischen Nationalisten auf Erfolgskurs.

Nein, es baumeln keine Engländer an den Bäumen der Highlands. Hier explodieren keine Bomben schottischer Terroristen, und wer mit englischem Akzent spricht, bezieht auch nicht gleich Prügel. Entlang der Autobahn von Glasgow nach Edinburgh findet sich nur ganz selten eine „Free Scotland“-Parole. Wo sind eigentlich diese Separatisten, die angeblich das Vereinigte Königreich zerschlagen wollen?

Dem Augenschein zum Trotz: Sie sind da, sie sind aktiv, und womöglich sind sie in nicht einmal vier Jahren am Ziel – alles auf demokratisch einwandfreie Weise: Vergangenen Mittwoch, am Gedenktag des schottischen Nationaldichters Robert Burns, verkündete Alex Salmond, der charismatische Chef der Scottish National Party (SNP), in Edinburgh, wie er das Vereinigte Königreich aufzulösen gedenkt. Im Herbst 2014 sollen die Schotten in einem Referendum die Frage beantworten: „Stimmen Sie zu, dass Schottland ein unabhängiges Land sein sollte?“ Falls die Mehrheit die Frage bejaht, könnte die Trennung schon 2016 vollzogen sein, nach dann immerhin 309 Jahren Partnerschaft.

Welch ein Niedergang: Großbritannien, das zuweilen noch immer unter dem Verlust des Empire leidet, eine Mit-

telmacht, wengleich eine mit Atomwaffen, die sich zunehmend von Europa isoliert, verlore mit einem Schlag 5,2 Millionen Einwohner. Ihre Wirtschaftsleistung würde um etwa 120 Milliarden Pfund schrumpfen, ihr Schuldenberg allerdings auch, eine der wenigen positiven Folgen für die Londoner Regierung.



Parteivorsitzender Salmond
„Beste Wahlkampfmaschine in Europa“

Nationalstolz auf der einen, Herrschaftsanspruch auf der anderen Seite, das war schon immer eine Konstante im häufig genug schlechten Zusammenleben von Schotten und Engländern. Als der Schotte William Wallace, besser bekannt als „Braveheart“, vor über 700 Jahren für die Freiheit seines Landes kämpfte, wurde er als Hochverräter in London hingerichtet, so gründlich, wie es damals üblich war: am Hals aufgehängt, entmannt, lebendig ausgeweidet, dann geköpft, schließlich gevierteilt. Sein Nachfolger im Geiste, Salmond, hat nichts dergleichen zu befürchten.

Seit 1990 steht der 57-jährige Ökonom mit nur einer Unterbrechung an der Spitze der SNP. Mit taktischer Raffinesse hat er die Partei von einer belächelten Außenseiterin zur dominanten politischen Kraft Schottlands geführt. Seit den Wahlen im Mai regieren die Nationalisten im Regionalparlament von Edinburgh mit absoluter Mehrheit. Ihn jahrelang unterschätzt zu haben, geben sogar seine englischen Gegner zu.

Den Slogan „Yes, we can“ hat Salmond bereits 1997 benutzt, da war Barack Obama noch Anwalt in Chicago. Die „Financial Times“ sieht in Salmond „den geschicktesten Politiker der britischen Inseln“. Der „Guardian“ hält den progressiven, proeuropäischen Politiker für ein „Naturtalent“. Und die konservative „Times“, die für Separatisten überhaupt nichts übrig hat, erkor ihn perfiderweise zum „Britten des Jahres 2011“. Es wird ihn ordentlich geschüttelt haben.

Sogar die Queen ist dem Nationalisten wohlgesinnt. Bei Gelegenheit empfängt sie ihn auf Balmoral, ihrem schottischen Sommerschloss, wo die beiden sich über Pferde unterhalten, seine zweite Leidenschaft. Für sie plant Salmond nichts wirklich Böses. Elizabeth II. soll auch in einem unabhängigen Schottland Staatsoberhaupt bleiben. Und wenn es ginge, würde Salmond auch gern das Pfund Sterling behalten, wenigstens einstweilen. Der Euro ist ihm derzeit suspekt.

Der Mann, der jetzt die alles entscheidende SNP-Kampagne zum Referendum leiten wird, heißt Angus Robertson, ein früherer BBC-Journalist. In London geboren, spricht er fast akzentfrei Deutsch, er hat eine deutsche Mutter und verbrachte als Kind seinen Urlaub oft im österreichischen Vorarlberg. Die gebetsmühlenartig wiederholten Warnungen der Westminster-Politiker, die behaupten, Schottland könne sich die Unabhängigkeit gar nicht leisten, ärgern Robertson, 42. „Das ist ein Schmarrn“, sagt er.

Seine Zauberwaffe im Kampf um die Mehrheit beim Referendum ist eine eigen entwickelte Datenbank namens

„Wo bleibt der Aufstand von links?“

Der amerikanische Politologe Francis Fukuyama, einst Vordenker der Neokonservativen, glaubt, dass die Exzesse von Kapitalismus und Globalisierung die westliche Demokratie gefährden.

„Activate“. Alle vier Millionen schottischen Wahlberechtigten sind darin erfasst, mitsamt den Informationen, ob sie normalerweise wählen gehen oder nicht. Das Ganze ist verknüpft mit kommerziell erhältlichen Marketingdaten zu Einkommen, Bildung, Alter und Lebenssituation. So erfährt Robertson im Detail, wo die Schlüsselklientel wohnt, die von SNP-Aktivisten überzeugt werden muss: „Wir haben die beste politische Wahlkampfmaschinerie in Großbritannien und in ganz Europa.“

Schottlands jüngste Los-von-England-Bewegung begann vor drei Jahrzehnten Fahrt aufzunehmen, als das Land unter einer machtbewussten Herrscherin litt – Premierministerin Margaret Thatcher. Ihre rigide Wirtschaftspolitik trieben auch in Schottland Bergbau, Werften und die traditionelle Schwerindustrie in den Untergang. In das kollektive Gedächtnis gruben sich die Thatcher-Jahre ein als englischer Versuch, Schottland in die Armut zu treiben und gar zu kolonialisieren.

Bisher haben die Schotten mit der SNP-Regierung gute Erfahrungen gemacht. In England müssen Studenten von diesem Jahr an jährlich bis zu 9000 Pfund an Studiengebühren aufbringen, in Schottland nichts. Schotten müssen auch keine Rezeptgebühren zahlen, und selbst für die Altenpflege kommt der Staat auf. Im Rest Großbritanniens, zermürbt von immer neuen Londoner Spardiktaten, wächst der Neid auf die komfortableren Verhältnisse im Norden.

Und Salmond verspricht seinen Landsleuten ein noch besseres Leben in der Unabhängigkeit. Unter der Nordsee liege noch Öl im Wert von mehr als 1000 Milliarden Pfund. Diesen Reichtum müssten die Schotten nicht länger teilen.

Noch aber ist es nicht so weit, noch hat Salmond keine Mehrheit für die Unabhängigkeit. Erst wenn der SNP-Chef beweisen könnte, dass volle Souveränität jedem Schotten Vorteile in Höhe von 500 Pfund zusätzlich bringen würde, hätte er wohl eine Zweidrittelmehrheit sicher. Nun müssen sich London und Edinburgh zusammenraufen und die Details zum Referendum festlegen.

Während Salmond durch Zusatzfragen erreichen möchte, dass Schottland auch dann größere Selbständigkeit erhält, wenn er die eigentliche Referendumsfrage verlieren sollte, will der womöglich letzte Premier Großbritanniens, David Cameron, das Recht der Schotten, über ihre Zukunft zu entscheiden, auf ein simples „Rein“ oder „Raus“ begrenzen.

Separatistenchef Salmond nutzt diese unnachgiebige Haltung als Beleg für Londoner Arroganz. „Was wir hier wieder sehen“, zürnt er, „ist der eklatante Versuch eines Westminster-Politikers, Schottland zu drangsaliieren und zu kujonieren.“

MARCO EVERS

SPIEGEL: Herr Professor, nach dem Untergang der Sowjetunion erklärten Sie die liberale westliche Demokratie zum einzig überlebenden Gesellschaftssystem. Jetzt fürchten Sie, Kapitalismus und Globalisierung könnten die Demokratie zerstören. Eine solche Wende müssen Sie uns schon erklären.

Fukuyama: Vorsicht mit den Begriffen! Es gibt noch immer keine Alternative zum Kapitalismus. Worüber ich mir Gedanken mache, ist die Suche nach einem gerechteren Wirtschaftswachstum. Unsere westlichen Gesellschaftsmodelle geraten durch die Erosion der Mittelklasse massiv unter Druck. Der technologische Wandel zum Beispiel hat viele Mittelklasse-Jobs schlicht überflüssig gemacht.

SPIEGEL: Deshalb haben westliche Länder wie die USA und Großbritannien die Dienstleistungsgesellschaft propagiert.

Fukuyama: Genau dadurch haben wir uns aber auch wieder Probleme geschaffen. Wir dachten, der Globalisierung nur Herr werden zu können, indem wir gar nichts mehr selbst produzieren und lieber Dienstleistungen anbieten. Darüber haben wir ganz vergessen, dass der Sozialismus in den USA nur deswegen kein großes The-

ma war, weil immer genügend Leute den Einzug in die prosperierende Mittelklasse schafften. Das funktioniert nun nicht mehr, denn die haben in Branchen gearbeitet, die wir Ländern wie China überlassen haben.

SPIEGEL: Wer heute in der Mittelschicht noch einen Job hat, verdient real nicht mehr als vor 30 Jahren. Die Einkommensschere klafft so weit auseinander wie nie zuvor. Welche Auswirkungen hat das auf das Zusammenleben in unseren Gesellschaften?

Fukuyama: Ganz einfach: Es ist schlecht für die Demokratie. Wenn Einkommen einigermaßen gleich verteilt sind, vertrauen Bürger einander mehr – und es gibt keine kleine Elite, die privilegierten Zugang zu Politikern genießt, um so ihre Interessen durchboxen zu können ...

SPIEGEL: ... was auf Dauer die Demokratie umbringt.

Fukuyama: Genau, eine Demokratie ohne starke Mittelklasse neigt zu Populismus, sie neigt zu Streit, sie kann nicht mehr vernünftig entscheiden, wem was zustehen soll, sie ist blockiert. In den USA erleben wir schon eine Rückkehr des Populismus, seltsamerweise aber auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Fragt man Mitglieder der radikalen Tea-Party-Bewegung, was sie von der Regierung

Das Gespräch führten die Redakteure Hans Hoyng und Gregor Peter Schmitz.



Wissenschaftler
Fukuyama

MARTIN H. SIMON / DER SPIEGEL

Mit unerwarteter Heftigkeit

diskutieren Amerikaner in diesem Wahlkampf die krassen Einkommensunterschiede zwischen den Superreichen an der Spitze und der Mittelklasse, die gegen den Abstieg kämpft. Einer der Wortführer dieser Diskussion ist der Politologe Francis Fukuyama, 59. Durch seinen Essay „Das Ende der Geschichte“ erlangte er 1989 weltweite Berühmtheit. Der geschichtsphilosophische Text feierte den demokratischen Kapitalismus als Endpunkt aller gesellschaftlichen Entwicklung. Inzwischen hält Fukuyama die vorherrschende Staatsform der westlichen Industrienationen für bedroht und fordert ein Umdenken der Politik.